

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesgeschäftsstelle
Haus Kronprinz
Kronprinzstraße 16
D-70173 Stuttgart

Familienunternehmen stärken – Wohlstand bewahren!

Positionierung der Landesfachkommission Familienunternehmen

Familienunternehmen bilden das unternehmerische Rückgrat Baden-Württembergs. Mit über 60% aller Arbeitsplätze sind Familienunternehmen Job-Motor, Ausbilder und Zukunftsgarant zugleich. Als Hidden-Champions und Weltmarktführer von Tauberbischofsheim bis nach Lörrach sind inhabergeführte Unternehmen Impulsgeber und Schrittmacher unserer Wirtschaft und bilden eine historische gewachsene Struktur, die einmalig ist. Eine Struktur, an der in den letzten Jahren massiver Raubbau betrieben wurde und zu deren Erhalt es in Zukunft politischen Handlungsbedarf gibt.

Abstract

Der Mittelstand in Baden-Württemberg ist einzigartig und verschaffte dem Ländle seinen wirtschaftlichen Aufschwung. Bis heute garantieren unsere familiengeführten Unternehmen Arbeitsplätze und Wohlstand.

Unseren Mittelstand gilt es zu bewahren und zu stärken. Daher empfiehlt die Landesfachkommission eine Entlastung der Unternehmen durch den Abbau bürokratischer Hürden. Gebündelte und erleichterte Genehmigungsverfahren verringern die betriebswirtschaftlichen Belastungen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben müssen sich die Familienunternehmen auf moderne Infrastruktur verlassen können. Eine weitere Belastung stellt der Fachkräftemangel dar. Nicht zuletzt muss den Familienunternehmen im öffentlichen Diskurs mehr Wertschätzung entgegengebracht werden. Mit den Empfehlungen der Landesfachkommission sollen die Familienunternehmen gestärkt werden, um auch in Zukunft Baden-Württemberg als Schrittmacher voranzutreiben.

Kostenlose Konjunkturlösungen durch Bürokratieabbau

Bürokratische Hürden belasten klein- und mittelständische Unternehmen überproportional mehr im Vergleich zu Konzernen. Neue Regulierungen binden nicht nur Arbeitskräfte, sondern verursachen den Unternehmen einen hohen finanziellen Erfüllungsaufwand. Eine Konjunkturlösung zum Nulltarif bildet die Reduzierung der bürokratischen Lähmung.

Empfehlung: One-in-One-out konsequent umsetzen!

- Den Empfehlungen des Normenkontrollrats folgend die konsequente Umsetzung der One-in-One-out Regelung, bei der jedem neuen Gesetz die Abschaffung eines bisherigen Gesetzes mit dem äquivalenten finanziellen Erfüllungsaufwand gegenübersteht.
- Um mittelfristig einen effektiven Bürokratieabbau zu garantieren, braucht es die Festschreibung einer Dynamik, nach der die One-in-One-out Regelung in den kommenden Jahren den finanziellen Erfüllungsaufwand nicht 1:1 tauscht, sondern das Volumen der notwendigen Abschaffung sukzessive erhöht wird.
- Eine Landesregierung muss sich an ihren Erfolgen messen lassen. Deshalb fordert die Kommission Familienunternehmen die Etablierung einer öffentlichen „Bürokratie-Uhr“ bei der der finanzielle Erfüllungsaufwand neuer Regulierungen gegenüber abgeschaffter Regulierungen aufgewogen wird.
- Die Übererfüllung von EU-Vorschriften auf Bund- und Länderebene ist auf absolut notwendiges Minimum zu beschränken und sogenanntes „Gold Plating“ nur im Ausnahmefall zu betreiben. Auch hier soll die One-in-One-out Regelung das Gleichgewicht aufrechterhalten und sich mittelfristig eine Entlastung einstellen, indem ein höherer Erfüllungsaufwand abgeschafft statt etabliert wird.

Beschleunigung von Genehmigungsverfahren statt Lähmung der Wirtschaft

Langwierige Genehmigungsverfahren und aufwendige Antragsprozesse unter Einbeziehung von unzähligen Fach- und Expertengutachten sind Sand im Getriebe der baden-württembergischen Wirtschaft und stellen besonders Familienunternehmen vor Herausforderungen. Im Regelfall fehlen eigene Abteilungen, die Antragsprozesse betreuen und Wartezeiten wie zum Beispiel bei Baugenehmigungsverfahren stellen eine erhöhte betriebswirtschaftliche Belastung dar.

Empfehlung: Digitalisierung in Verwaltung und von Genehmigungsprozessen

- Messbare und schnelle Erfolge in der Digitalisierung der Verwaltung statt Lippenbekenntnissen. Die Möglichkeit der vollumfänglich digitalen Antragsstellung sollte von der Ausnahme zur neuen Realität werden. In diesem Zuge ist auch Bündelung der Antragsstellungen unerlässlich.
- Genehmigungsprozesse müssen schlanker und schneller werden. Vor allem bei Bauvorhaben bedarf es einer strukturierten Umsetzung statt jahrelanger Hängepartien.
- Kleinere Unternehmen sollten in der Antragsbearbeitung bevorzugt werden, um dem Fakt Rechnung zu tragen, dass diese stärker unter der langen Bearbeitungszeit leiden. Eine Quote nach Umsatz und Mitarbeiterzahl kann im Besonderen KMUs entlasten.

Fachkräftemangel überwinden – Kapazitäten ausschöpfen

In Folge des demographischen Wandels wird der Fachkräftemangel die baden-württembergische Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten vor gravierende Hürden stellen. Ein Fakt, der durch die zunehmende Akademisierung der Bevölkerung, verschärft wird.

Empfehlung: Bildung ist das Fundament

- Die gesellschaftliche Aufwertung der Berufsausbildung. Dies beginnt bereits in der Schule durch Aufzeigen verschiedener Karrieremöglichkeiten, auch außerhalb des akademischen Weges. Darüber hinaus bedarf es aber auch einer Aufwertung des Meister-Grades und eine lebenslange Möglichkeit zur Fortbildung.

- Modernes Arbeiten braucht ein modernes Arbeitsrecht. Mobiles Arbeiten eröffnet den Arbeitnehmern große Freiheiten, die durch ein restriktives Arbeitsrecht wieder eingeschränkt werden. Starre Arbeitszeitregelungen, überzogene Sorgfaltspflichten des Arbeitgebers für die Arbeit im Home Office und hohe Dokumentationspflichten sind nicht nur überholt sondern stellen vor allem den Mittelstand vor große Herausforderung. Eine Modernisierung des Arbeitsrechts, Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie ein größeres Vertrauen in die Eigenverantwortlichkeit des Arbeitnehmers sind nicht nur dringend notwendig sondern auch zeitgemäß.
- Ausbildungsleistungen, welche sich nicht durch einen Verbleib des Lehrlings im Unternehmen amortisieren, sollen in Zukunft steuerlich abgesetzt werden können.
- Der deutsche Fachkräftemarkt darf nicht zum Exportgut werden! Langfristig gilt es deshalb die Abwanderung von Fachkräften zu senken und eine Integration von Fachkräften in den deutschen Arbeitsmarkt zu fördern und zu beschleunigen. Ein wichtiger Schritt hierbei ist die schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Infrastrukturen in der Fläche stärken

Infrastrukturpolitik ist Regionalpolitik. Baden-Württemberg ist durch seine Stärke in der Fläche, seine lebenswerten Regionen und Unternehmen im ganzen Ländle geprägt. Diese Strukturstärke über das gesamte Bundesland ist ein Unikum in Europa und zugleich nicht naturgegeben. Deshalb gilt es durch Infrastrukturpolitik unsere Stärke in der Fläche zu erhalten und auszubauen.

Empfehlung: Infrastruktur ist das Gerüst einer modernen Gesellschaft

- Die Beschleunigung des flächendeckenden digitalen Ausbaus. Die verfügbare Bandbreite darf nicht darüber entscheiden, ob ein Standort für ein Unternehmen in Frage kommt. Bereits heute müssen wir das Datenvolumen von morgen mitplanen und die Leitungen der Zukunft legen.
- Eine starke Verkehrsinfrastruktur ist für Unternehmen unerlässlich. Um auch zukünftig ein in der Fläche starkes Unternehmertum zu gewährleisten, bedarf es eines modernen und flächendeckend intakten Straßennetzes sowie eines gut ausgebauten Schienennetzes.
- Die Ausweisung von Gewerbeflächen und Bauplätzen muss über die Ballungsregion hinaus beschleunigt werden.
- Infrastrukturpolitik ist ein wichtiger Schritt zur Beseitigung des Fachkräftemangels. Nur wenn wir unsere Regionen lebendig gestalten, werden sich auch Fachkräfte wieder dezentraler ansiedeln.

Werte statt Skandale - Den Ruf von Familienunternehmen bewahren

In den letzten Jahren wurde Deutschland mit einer Wirtschaftskriminalität konfrontiert, die das Ansehen von Unternehmen nachhaltig geschädigt hat. Eine Entwicklung, die dem Unternehmertum per se geschadet hat und zu Unrecht am Ast unseres Wohlstands sägt.

Empfehlung: Verantwortliche Wirtschaft ist der Kern unserer Gesellschaft

- Im öffentlichen Diskurs braucht es eine klare Trennung zwischen wertegeleitetem Unternehmertum und Wirtschaftskriminalität. Vor allem das Bild von klein- und mittelständischen Unternehmen, welche Arbeitsplätze schaffen, Steuern zahlen und die Regionen beleben muss neu kommuniziert werden. Es braucht im öffentlichen Diskurs eine klare Trennung zwischen Managern und Familienunternehmern.
- Unsere Wirtschaftsstruktur, welche durch Mittelständler und Familienunternehmen maßgeblich geprägt wird, ist nicht naturgegeben und so gilt es diese zu bewahren. In Zukunft braucht es einen politischen Perspektivwechsel, der Wirtschaftspolitik wieder vermehrt aus dem Blickwinkel von Familienunternehmen statt Konzernen betreibt.

Der Wirtschaftsrat und die Landesfachkommission Familienunternehmen

Der Wirtschaftsrat der CDU e. V. ist mit über 12.000 Mitgliedern der größte Unternehmerverband in Europa. Unsere Mitglieder sind Unternehmer und Führungskräfte der ersten und zweiten Ebene. Der Landesverband Baden-Württemberg bildet mit seinen 2.700 Mitgliedern in 27 Sektionen den mit Abstand größten Landesverband in Deutschland.

Wir überzeugen aufgrund profunder inhaltlicher Arbeit in acht Fachkommissionen, wir sind mit über 300 Veranstaltungen im Jahr bestens vernetzt und wir setzen dank aktueller und innovativer Themen parteiübergreifend immer wieder Akzente in der wirtschaftspolitischen Entwicklung unseres Landes.

Die Mitglieder der Landesfachkommission sind ausschließlich Familienunternehmer sowie Entscheider aus inhabergeführten Unternehmen aus Baden-Württemberg und repräsentieren mit ihren Unternehmen den Branchenmix vom Klein- und Mittelständischen Unternehmen bis hin zum Konzern

Vorsitzender der Kommission ist Rainer Otto F. Scharr, Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Scharr KG.

Stellvertretende Vorsitzende der Kommission sind Barbara Austel, Gesellschafterin der TTS Tooltechnic Systems AG sowie Alexander Schaeff, Geschäftsführer der Schaeff Maschinen GmbH.

V.i.S.d.P.:

Daniel Sander, Landesgeschäftsführer
Kronprinzstraße 16, 70173 Stuttgart, Tel. 07 11/83 88 74 - 0

Pressekontakt:

Julia Leubecher, Junior-Referentin;
Kronprinzstraße 16, 70173 Stuttgart, Tel. 07 11/83 88 74 - 44, Fax 07 11/83 88 74 – 20, j.leubecher@wirtschaftsrat.de

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband mit rund 12.000 Mitgliedern. Der 1963 gegründete Verband bietet seinen Mitgliedern eine Plattform zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Der Wirtschaftsrat vertritt die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Er versteht sich als Brücke zwischen Politik und Wirtschaft - und umgekehrt. Die Finanzierung des Verbands erfolgt ausschließlich durch die Beiträge seiner Mitglieder. Neben Unternehmen sind vor allem auch unternehmerisch tätige Führungskräfte sowie selbstständige Angehörige der Freien Berufe Mitglied im Wirtschaftsrat. Der Landesverband Baden-Württemberg hat in seinen 27 Sektionen in allen Regionen des Landes 2.700 Mitglieder. Landesvorsitzender ist Joachim Rudolf aus Stuttgart. Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://www.wirtschaftsrat.de>